



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 97. Ratssitzung vom 5. Juni 2024

3296. 2023/310

### Postulat von Anna Graff (SP) und Dominik Waser (Grüne) vom 21.06.2023: Unterstützung der Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty Initiative

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Anna Graff (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1957/2023): Das Jahr 2023 war das wärmste seit Messbeginn. Die globale Durchschnittstemperatur lag knapp 1,5° Celsius über dem vorindustriellen Niveau. Die Situation ist dramatisch. Mit einem heisseren Planeten kommen häufigere und tödlichere Hitzewellen und andere Extremereignisse auf uns zu. Von solchen sind Menschen in Weltregionen, die aktuell und historisch unterproportional Treibhausgase emittieren oder emittiert haben, überproportional betroffen. Ihre Lebensgrundlage und Existenz sind gefährdet und trotz dem Pariser Abkommen, das die Staatengemeinschaft verbindlich dazu anhält, die Emissionen zu reduzieren und den Temperaturanstieg unter 2° Celsius zu limitieren, ist man weit davon weg, sich schnell und resolut von fossilen Energieträgern abzuwenden. Im Gegenteil werden diese in grossem Masse ausgebaut. Um die vorgesehenen Emissionsabsenkungspfade zu erreichen, braucht es einen international koordinierten Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Es braucht einen sofortigen Ausbaustopp der Förderung und Produktion von fossiler Energie; einen fairen Plan, um die existierende Produktion herunterzufahren, indem sich die reichen Staatengemeinschaften mit den Fähigkeiten und der historischen Emissionsverantwortung am schnellsten von der fossilen Energie wegbewegen müssen. Schliesslich braucht es eine faire Transition zu erneuerbaren Energien, auf eine Art und Weise, in der keine Arbeiter\*innen, keine «Communities» und keine Staaten zurückgelassen werden. Fossile Energieträger sind der zentralste Bestandteil des Problems der Klimakrise, doch im Pariser Klimaabkommen werden sie nicht erwähnt. Erst bei der COP 28 im Jahr 2023 wurde zum ersten Mal eine Transition weg von fossilen Energieträgern in einem relevanten politischen Kontext festgehalten. Allerdings soll die Abkehr erst bis zum Jahr 2050 und somit viel zu spät erfolgen. Die Finanzierung ist grösstenteils ungelöst. Damit die Energiewende erfolgreich und fair vonstattengehen kann, braucht es einen international koordinierten Handlungs- und Finanzierungsplan für den Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle, der weit über das hinausgeht, was an der COP 28 festgehalten wurde. Die Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty Initiative fordert ein verbindliches globales Projekt zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit, um die Ener-*



*giewende zu beschleunigen und den Ausstieg aus der fossilen Energie in einem internationalen Vertrag zu verhandeln. Das Projekt wurde von den pazifischen Inselstaaten Vanuatu und Tuvalu angestossen und zählt mittlerweile mehrere 100 000 Unterstützer\*innen, wozu Privatpersonen, internationale Organisationen, das Europaparlament, die World Health Organisation (WHO), Staaten und Städte zählen. Auch in der Schweiz sind Städte Verträge zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern eingegangen. Es ist höchste Zeit, dass sich Zürich als grösste Schweizer Stadt mit internationaler Bedeutung diesem Aufruf anschliesst und sich beim Bund dafür einsetzt, dass er sich für einen internationalen Vertrag stark macht. Auf die Frage, wie sich die Schweiz zu dieser Initiative positioniert, antwortete Albert Rösti als Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) im Jahr 2023, dass die Schweiz die Entwicklung der Initiative beobachten möchte. Internationale Verantwortung sieht anders aus, darum braucht es Druck von Städten wie Zürich, damit die offizielle Schweiz in dieser Frage eine aktive Position einnimmt. Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen. Es würde mich freuen, wenn eine breite Mehrheit des Rats der Dringlichkeit eines international koordinierten und fairen Ausstiegs aus fossilen Energieträgern Ausdruck verleiht.*

**Deborah Wettstein (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 5. Juli 2023 gestellten Ablehnungsantrag: *Aktuell ist das Pariser Klimaabkommen der massgebende Rahmen für eine nachhaltige Sicherung unserer ökologischen Ressourcen. Dieses gibt ein Ziel vor, das durch verschiedene Anreize erreicht werden soll. Der im Postulat vorgeschlagene völkerrechtliche Vertrag setzt dagegen auf Verbote. Die Initiative ist in einem sehr grünen Stadium. Die Schweizer Bevölkerung sprach sich klar für das Netto-Null-Ziel bis zum Jahr 2050 und den Weg der geeigneten Anreize aus. Derjenige über Verbote wurde klar abgelehnt. Der Bundesrat Albert Rösti äusserte sich zur Initiative folgendermassen: «Das Projekt Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty ist eine Initiative der pazifischen Inselstaaten. Es befindet sich in einem frühen Stadium der Diskussion. Für die Schweiz ist das Pariser Abkommen für den weltweiten Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe nach wie vor der geltende Rahmen. Wir werden die Entwicklung dieser Initiative beobachten. Sie hat aber noch keine Verbindlichkeit». Die Schweiz als verantwortungsbewusstes Mitglied der Staatengemeinschaft wird die Entwicklung der Initiative aufmerksam verfolgen. Gleichzeitig betont die FDP die Wichtigkeit der Einhaltung und Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, um die globalen Klimaziele zu erreichen und eine nachhaltige Zukunft für uns alle zu sichern. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.*

Weitere Wortmeldungen:

**David Ondraschek (Die Mitte):** *Der Stadt den operativen Auftrag zu geben, dem Bund Vorschriften zu machen, geht uns zu weit. Darum wollten wir das Postulat ablehnen. Nach einem Rückkommensantrag begrüssen wir den Ansatz, dass das Klima ein globales Thema ist und eine höhere Vernetzung zwischen den Playern – so auch zwischen dem Bund und der grössten Stadt der Schweiz – die Wahrscheinlichkeit von Veränderungen erhöht. Bei der Überweisung erwarten wir, dass die Stadt den Fokus auf Vernetzung im Sinn von Synergien legt und nicht darauf, dem Bund Vorschriften zu machen.*



**Walter Anken (SVP):** Das ist ein typisches Prestigeprojekt der linken Seite. Der Stadtrat solle die Initiative unterstützen – gemeint ist natürlich mit finanziellen Mitteln. Zudem soll er den Bund dazu bringen, sich der Initiative anzuschliessen. Ob er das will, überlassen wir ihm lieber selbst. 12 Milliarden Franken sollen für Netto-Null aufgewendet werden, für die 0,001 Prozent CO<sub>2</sub>-Ausstoss, die wir zu verantworten haben. Die Linken merken langsam, dass das Netto-Null-Ziel 2040 absolut unrealistisch ist. Es ist nicht erreichbar. Nun schlägt man aus Verzweiflung um sich und will bei allen internationalen Projekten und Organisationen mitmachen und ein gutes Gefühl bekommen, indem man diese mit Geld eindeckt. Ansätze wie der Zertifikatshandel sind der reinste Schwindel. Ein amerikanischer Atmosphärenforscher meinte vor Kurzem, dass nicht Klimaleugner das grosse Problem seien, sondern Klimahysteriker. Diese befinden sich auf der linken Ratsseite. Hört auf mit dieser Klimahysterie, denn es gibt Hoffnung. Die ETH erfand z. B. sogenannte CO<sub>2</sub>-Staubsauger, die in grossen Anlagen gebaut werden sollen. Es ist problemlos möglich, CO<sub>2</sub> aus der Luft zu filtern. Die Frage ist nur, wohin damit. Es wird zudem trotz Klimaschutz immer mehr Öl verbrannt, da die Schwellenländer nachziehen wollen. Wer sind wir als Industrieländer, ihnen das verbieten zu wollen?

**Samuel Balsiger (SVP):** Sie nehmen immer Bezug auf das Pariser Klimaabkommen und zeigen dieses als Lösung für die Klimaprobleme auf, die Sie sich selbst einreden. Ist Ihnen bewusst, dass laut diesem Chinas Emissionen als grösster CO<sub>2</sub>-Emittent bis zum Jahr 2030 ansteigen dürfen? Das Pariser Klimaabkommen reguliert den CO<sub>2</sub>-Ausstoss nicht. Wir waren blöd genug, uns auf dieses Abkommen einzulassen und haben uns verpflichtet, Emissionen zu reduzieren, während der grösste Emittent weiterwachsen darf. Das Abkommen ist keine Regulierung, sondern eine Umwälzung von Arbeitsplätzen der freien, westlichen Welt in das diktatorische, unfreiheitliche China. Das kommt einer Machtverschiebung in der Weltpolitik gleich. CO<sub>2</sub> wird nicht reduziert. Die Einsparungen, die man bspw. in Deutschland mit Massnahmen bis zum Jahr 2030 macht, werden durch China innerhalb eines Tages wieder wettgemacht. Kommen wir zurück zu den Fakten.

**Moritz Bögli (AL):** Es ist faszinierend, dass die SVP meint, dass wir uns an Fakten halten sollen. Normalerweise ist sie die Partei, die Fakten ignoriert oder falsch darstellt. Die Forschung ist sich über die Problematik der Klimakrise einig. Es ist unsolidarisch, dass wir in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten unsere Umweltprobleme und Emissionen von hier in den globalen Süden verschoben haben. Darum geht es auch bei diesem Treaty. Es ist klar, dass, wenn der Bund diesem beitrifft, die Klimakrise in keiner Weise gelöst ist. Es geht aber darum, dass wir Verantwortung und Solidarität gegenüber denen zeigen, die die Konsequenzen unserer Wirtschaftsfixierung vor Ort tragen – wie Vanuatu und Tuvalu. So bringen wir zum Ausdruck, dass sie uns nicht egal sind und wir ihre Existenz sichern können. Darum unterstützen wir das Postulat.

**Dominik Waser (Grüne):** Die meisten haben nicht verstanden, worum es bei dieser Initiative geht. Das ist ein Zeichen dafür, dass in einem Teil dieses Rats keine Solidarität mit Menschen, die von der Klimakrise betroffen sind, herrscht. Die Schweiz sei laut FDP ein



4 / 4

*verantwortungsbewusstes Mitglied der internationalen Gemeinschaft. Da möchte ich am Beispiel des Entscheids des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte darauf hinweisen, wie sich unser nationales Parlament um die internationale Gemeinschaft foutiert. Darum sind wir das Gegenteil eines verantwortungsbewussten Mitglieds der Gemeinschaft. Wenn wir das wären, wäre es keine Frage, ob wir die Initiative unterstützen. Es wurde viel davon geredet, dass man motiviert sei, das Pariser Klimaabkommen zu erfüllen, doch wenn es konkret darum geht, dieses mit Massnahmen zu unterstützen, fehlt es an Zuspruch. Wir sind nicht auf Kurs, das Abkommen einzuhalten. Wenn Sie die Konsequenzen des Klimaabkommens nicht tragen wollen, sprechen Sie nicht davon.*

**Derek Richter (SVP):** *Man kann die Freisetzung von CO<sub>2</sub> durch fossile Energien kritisieren. Allerdings sollte man eine valide Alternative dazu haben. Besonders von linker Seite wurde das Pariser Klimaabkommen in den Himmel gelobt. Für dieses Abkommen flogen Landesvertreter zu Hunderten in ihren Jets ein – und das Abkommen sollen wir respektieren? Je mehr Menschen wir werden, umso mehr wird geflogen. Sie meinen immer noch, dass der Mensch das Klima beeinflusse. Dieses interessiert sich aber nicht für uns. Die Klimadebatte interessiert uns sehr wohl. Solidarität durch Zwang ist nur Zwang. Was substituiert die fossilen Energieträger? Stand der Dinge ist das allein die Kernkraft. Diese ist essentiell, um die Schweiz als glaubhaften Wirtschaftsstandort zu erhalten.*

Das Postulat wird mit 78 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat